



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

die Bewahrung der Schöpfung gehört zur DNA der Unionsfraktion. Deshalb freue ich mich, dass der Deutsche Bundestag in dieser Woche zum ersten Mal im Rahmen von Nachhaltigkeitstagen über Grundprinzipien nachhaltiger Politik diskutierte — angefangen bei der Zukunft der Mobilität über einen handlungsfähigen Staat bis zum Klimaschutz und Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Nachhaltigkeit braucht eine ganzheitliche Perspektive, die alle Politikbereiche in den Blick nimmt. Unser Ziel bleibt die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Handlungsspielräume zukünftiger Generationen. Nachhaltiges Wachstum und finanzielle Solidität spielen hierbei eine Schlüsselrolle.

In der Kernzeit der Plenardebatte am Donnerstag hatte ich die Ehre, eine Rede über die Geschlechtergerechtigkeit zu halten. Mehr dazu sowie einen Link zu der Rede finden Sie auf Seite 3 dieser “Schulterblick”-Ausgabe.

Die Bilder und die Berichte aus dem Lager in Moria lassen niemanden von uns kalt. Umso wichtiger ist jetzt ein europäisch abgestimmtes und entschlossenes Handeln. Deutschland wird seiner Verantwortung gerecht. Als Unionsfraktion setzen wir dabei auf einen Dreiklang an Maßnahmen: schnelle Hilfen vor Ort, eine Europäisierung der Aufnahmeeinrichtungen und die Evakuierung besonders schutzbedürftiger Menschen.

Wie bereits angekündigt, werde ich mich in der kommenden Woche mit einer Sonderausgabe des “Schulterblicks” bei Ihnen melden. Zunächst einmal wünsche ich Ihnen aber eine informative Lektüre dieser Ausgabe. Auf bald!

Freundlich grüßt Sie  
Ihre und Eure



## Bericht aus Berlin

### Nachhaltigkeit ist unsere Richtschnur

Nachhaltigkeit ist Richtschnur unserer Politik. Wir befassten uns in dieser Woche schwerpunktmäßig mit dem Thema Nachhaltigkeit. Für uns als Unionsfraktion ist dies ein Thema, das zwar mit Klimaschutz und sauberer Umwelt anfängt, aber damit noch lange nicht aufhört. Wenn wir unser Land in die Zukunft führen und kommenden Generationen ihre Handlungsfähigkeit erhalten wollen, dann dürfen wir auch keine Schuldenberge hinterlassen. Und wir müssen in Bildung und Forschung investieren, damit unsere Kinder und Enkel innovative, technologische Lösungen für die Herausforderungen ihrer Zeit entwickeln können. Ebenso gehören eine sozial gerechte Gesellschaft, eine innovative Wirtschaft und eine moderne öffentliche Infrastruktur zum Thema Nachhaltigkeit. Und nicht zuletzt ist eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft für uns unerlässlich.

Wir haben in diesen Bereichen schon einiges erreicht und auf den Weg gebracht. Als einziges Industrieland der Welt steigen wir zeitgleich aus Kohle- und Kernenergie aus und treiben den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch Jahr für Jahr auf ein neues Rekordniveau. Wir haben ein starkes Klimapaket verabschiedet, mit dem wir in den nationalen Emissionshandel einsteigen, die Gebäude in Deutschland energetisch sanieren, den öffentlichen



Nahverkehr massiv ausbauen und das Bahnfahren billiger machen. Wir haben sechs ausgeglichene Haushalte in Folge vorgelegt und waren deshalb in der Lage, mehr gegen die Corona-Krise zu tun als andere Länder. Sich auf dem Beschlossenen auszuruhen, ist jedoch zu wenig, denn all dies sind Daueraufgaben.

Daher beschäftigten wir uns in einer Generaldebatte und acht Einzeldebatten und verschiedenen Anträgen mit allen Facetten der Nachhaltigkeit: Neben den Klima- und Umweltaspekten von „Mobilität der Zukunft“ über „Starke Demokratie, handlungsfähiger Staat und nachhaltige Finanzen“ sowie Bildung, Innovation und Digitalisierung bis hin zu Arbeit im Wandel sowie Entwicklung und internationale Zusammenarbeit. Dabei hat gerade der Themenblock nachhaltige Finanzen für die Union eine besondere Bedeutung, denn wie keine andere Fraktion stehen wir für finanzielle Solidität.



## Bericht aus Berlin

### Meine Rede im Plenum zur Gleichberechtigung

Wir Frauen stellen gut die Hälfte der deutschen Gesellschaft. Ohne uns ist kein Staat zu machen. Ohne uns gibt es keine nachhaltige Entwicklung. Deswegen fordern wir eine umfassende Gleichberechtigung. Und Fairness — nicht nur auf dem Papier, sondern auch in den Köpfen. Um das zu erreichen, brauchen wir einen ganzheitlichen Ansatz in unserer Politik. Das bietet die geplante Bundesstiftung Gleichstellung, die sich Fragen der gerechten Partizipation von Frauen in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft widmen wird. Mit der nationalen Gleichstellungsstrategie hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, Gleichstellung als Aufgabe der gesamten Regierung wahrzunehmen.



Auch auf europäischer und globaler Ebene setzt sich die Bundesregierung entschlossen für die Gleichstellung von Männern und Frauen ein. Dies ist auch ein zentrales Thema der aktuellen EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands. Uns als CDU/CSU Fraktion liegt es auch besonders am Herzen, Gewalt gegen Frauen umfassend zu bekämpfen. So haben wir ein umfangreiches Investitions- und Innovationsprogramm für Frauenhäuser, Fachberatungsstellen und verschiedene Modellprojekte aufgelegt. Seit 2018 koordinieren Bund, Länder und Kommunen auf Initiative der Koalitionsfraktionen ihre Arbeit am „Runden Tisch gegen Gewalt an Frauen“.

[Die gesamte Rede finden Sie auf meiner Internetseite.](#)





## Bericht aus Berlin

### Afrikanische Schweinepest ist hierzulande angekommen

Nun ist es passiert: Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist in Deutschland angekommen. Vor wenigen Tagen wurde ein erster Fall in Brandenburg bestätigt. Jetzt müssen wir zusehen, dass wir das Ausbruchsgeschehen möglichst kleinhalten, eine regionale Ausbreitung und die Verschleppung in Hausschweinbestände verhindern. Als stellvertretendes Mitglied der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstütze ich gemeinsam mit meinen Fachkolleginnen und -kollegen die intensiven Bemühungen der Bundesregierung, den Export von Schweinefleisch in Drittländer aufrechtzuerhalten. Seit dem ersten Auftreten des Virus in der EU werden fachliche und politische Verhandlungen geführt, um das Konzept der Regionalisierung durchzusetzen. Damit würde sichergestellt, dass Deutschland nicht pauschal für den Export von Schweinefleisch z. B. nach China oder Japan ausgeschlossen wird. Wir müssen auch deutlich machen, dass die ASP für Menschen harmlos ist!



### Fotoaktion der Waldeigentümer am Reichstag

Bei einer Fotoaktion der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände und der Familienbetriebe Land und Forst tauschte ich mich mit der Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner über aktuelle Herausforderungen in deutschen Wäldern aus. Die Aktion wurde anlässlich der Nachhaltigkeitstage des Deutschen Bundestages veranstaltet und hatte zum Ziel, die Informationskampagne „Wald ist Klimaschützer“ vorzustellen. Mit der Kampagne propagieren die Waldeigentümer und die Familienbetriebe Land und Forst ihre Forderung, die Klimaschutzleistung des Waldes zu honorieren. Ein Hektar Wald speichert im Durchschnitt 8 Tonnen CO<sub>2</sub>. Die Wälder Deutschlands stehen angesichts der Auswirkungen des Klimawandels massiv unter Druck.



Die Schadfläche, verursacht durch Trockenheit, Waldbrände und Schädlinge, beläuft sich auf rund 285.000 Hektar. Wir stehen als Fraktion — anders als andere Fraktionen — dafür, dass auch in Zukunft die Nutzung der Wälder möglich sein muss.



## Bericht aus Berlin

### Bund unterstützt Ehrenamt mit bis zu 100.000 Euro

Als Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Bundestages möchte ich Vereine aus unserer Region dazu aufrufen, sich um eine finanzielle Förderung im Rahmen des Programms „Gemeinsam wirken in Zeiten von Corona“ zu bewerben. Pro Einzelvorhaben stehen bis zu 100.000 Euro zur Verfügung. Anträge können unter [www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/foerderung](http://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/foerderung) von gemeinnützigen Institutionen und juristischen Personen des öffentlichen Rechts gestellt werden. Im Fokus der aktuellen Förderrichtlinie der neu gegründeten Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt steht insbesondere die Digitalisierung des Ehrenamts mit dem Ziel, die digitale Teilhabe und die digitale Infrastruktur im bürgerschaftlichen Engagement zu stärken.

In der Sitzung des Unterausschusses am vergangenen Dienstag haben wir uns mit den Vorständen der Stiftung über die Ausgestaltung des Förderprogramms ausgetauscht. Ich habe darauf gepocht, die Antragstellung schlank zu halten und die ländlichen Regionen besonders in den Blick zu nehmen. Im Allgemeinen ging es in dem konstruktiven Austausch zunächst darum, die neuen Vorstände kennen zu lernen und sich über ihre Ideen und Pläne zu informieren.

Über das aktuelle Förderprogramm hinaus ermutige ich die vielen ehrenamtlich Tätigen in den Landkreisen Gifhorn und Peine, das Angebot der Stiftung auch in Bezug auf Beratung rege in Anspruch zu nehmen.

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt ist ein gemeinsames Vorhaben mehrerer Bundesministerien und zentrales Ergebnis der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Die Stiftung soll mit ihrer Arbeit das bürgerschaftliche Engagement insbesondere im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen stärken. Für das Jahr 2020 stehen der Stiftung rund 23 Mio. Euro bereit. Ab dem kommenden Jahr sollen es jährlich 30 Mio. Euro werden.

### Wichtige Hilfe — Bund entlastet Kommunen

Wir haben ein Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder beschlossen. Die Länder erhalten aus dem Bundeshaushalt einen Betrag in Höhe von insgesamt 6,1 Mrd. Euro, um die zu erwartenden Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden für das Jahr 2020 auszugleichen. Zur weiteren Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wird der Bund dauerhaft weitere 25 Prozent und insgesamt bis knapp unter 75 Prozent der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernehmen. Des Weiteren steigt der Anteil des Bundes an den Erstattungen für die Aufwendungen der Rentenversicherung aus den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR von 40 Prozent auf 50 Prozent. Der von den sogenannten Neuen Ländern zu tragende Anteil sinkt entsprechend.



## Bericht aus Berlin

### Stand der Deutschen Einheit

Die Bundesregierung informierte in dieser Woche über den Stand der Deutschen Einheit. Der diesjährige Bericht widmet sich insbesondere der Würdigung der Jubiläen "30 Jahre Friedliche Revolution und 30 Jahre Deutsche Einheit" sowie den Herausforderungen der weiteren wirtschaftlichen und sozialen Angleichung. Zentrale Themen sind die Überwindung der in den neuen Ländern weiterhin bestehenden regionalen Strukturschwächen, die Stärkung des dortigen Mittelstands und der Forschungslandschaft sowie die Bewältigung des demografischen Wandels. Die Ergebnisse zeigen, je nach betrachtetem Themenfeld, dass die regionalen Unterschiede nicht mehr ausschließlich und nicht primär ein „Ost-West“-Gefälle sind, sondern Differenzen zwischen strukturschwachen und -starken Gebieten sowie zwischen urbanen und ländlichen Räumen.



### Wir wollen XXL-Bundestag verhindern

Der Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung diskutierten, soll einer weiteren Erhöhung der Zahl der Bundestagsabgeordneten entgegenwirken. Der Entwurf hält am System der personalisierten Verhältniswahl und an der mit der Wahlrechtsänderung von 2013 eingeführten Sitzzahlerhöhungen zum Ausgleich von Überhangmandaten fest. Ebenso werden Maßnahmen ergriffen, um eine föderal ausgewogene Verteilung der Bundestagsmandate zu gewährleisten.



Ab dem 1. Januar 2024 wird zusätzlich die Zahl der Wahlkreise von 299 auf künftig 280 reduziert. Darüber hinaus wird dem Deutschen Bundestag aufgegeben, eine Reformkommission einzusetzen, die sich mit Fragen des Wahlrechts befasst und dabei auch ein besonderes Augenmerk auf das Thema Parität wirft und hierzu Empfehlungen erarbeitet.





## Bericht aus Berlin

### Bund fördert Forschung zu Corona-Impfstoff

Unser Land ist bisher gut durch die COVID-19-Pandemie gekommen. Ein außerordentlicher gemeinsamer Kraftakt hat dies möglich gemacht. Doch die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir erleben weiterhin erhebliche Beeinträchtigungen in der Gesellschaft, der Wirtschaft und dem sozialen Miteinander. Die Rückkehr in ein unbeschwertes Leben, wie wir es vor der Pandemie kannten, wird erst wieder möglich sein, wenn es einen oder mehrere sichere und wirksame Impfstoffe gegen SARS-CoV-2 geben wird. Die Bundesregierung engagiert sich intensiv, sowohl national als auch international, bei der Suche nach geeigneten Impfstoffen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt der internationalen Impfstoffinitiative CEPI insgesamt 230 Mio. Euro zusätzlich für die internationale Impfstoffentwicklung gegen SARS-CoV-2 zur Verfügung. Zur Stärkung und Beschleunigung der Entwicklung von Impfstoffen haben wir darüber hinaus ein Nationales Sonderprogramm im Umfang von bis zu 750 Mio. Euro gestartet. Als starker Standort in Forschung und Entwicklung hat Deutschland hier eine besondere Verantwortung.

### Rechtsstaatlichkeit in Europa schützen

Die Achtung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind zwei wichtige Grundpfeiler der Europäischen Union. Am 23. September 2020 wird die EU-Kommission erstmalig ihren Bericht zur Rechtsstaatlichkeit vorlegen. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung mit unserem Antrag dazu auf, dieses Thema weiterhin mit besonderem Nachdruck zu verfolgen und die Intensivierung des Rechtsstaatlichkeitsdialogs zwischen den EU-Mitgliedstaaten auf der europäischen Ebene voranzutreiben. Das Thema Rechtsstaatlichkeit muss eines der Schwerpunktthemen der deutschen Doppelpräsidentschaft im Rat der EU und im Ministerkomitee des Europarates im zweiten Halbjahr 2020 sein.

### 70 Jahre Zentralrat der Juden in Deutschland

Am 19. Juli 1950 gründete sich in Frankfurt am Main der Zentralrat der Juden in Deutschland. Dr. Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats, war im vergangenen November zu Gast in unserer Fraktion. In einer eindrucksvollen Rede rief er uns dazu auf, im Kampf gegen zunehmenden Antisemitismus in Deutschland „die Schlagkraft zu erhöhen“. Wir sind zutiefst dankbar für die unermüdliche Arbeit des Zentralrats. Die sichere und freie Entfaltungsmöglichkeit für jüdisches Leben in Deutschland ist ein wichtiger Gradmesser für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.



## Bericht aus Berlin

### Impressionen dieser Sitzungswoche



Auch unsere Fraktionsspitze beteiligte sich an der Fotoaktion der Waldbesitzer.



Im Rahmen der Nachhaltigkeitswoche verteilte die Union Baumsetzlinge an ihre Mitglieder.



Nach einem langen Tag im Bundestag konnte ich dem Festival of Lights beiwohnen.





## Bericht aus Berlin

### Weiteres aus dem Plenum

**Gesetz zur Förderung der Elektromobilität und zur Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes und zur Änderung von kosten- und grundbuchrechtlichen Vorschriften (Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetz).** Mit diesem zentralen rechtspolitischen Vorhaben der Union modernisieren wir das Wohnungseigentumsgesetz grundlegend. Dabei stärken wir die Rechte von Wohnungseigentümern und vereinfachen Abstimmungsprozesse. Insbesondere wird die Qualität der WEG-Verwaltung durch Einführung eines Anspruchs eines jeden Eigentümers auf Bestellung eines durch die IHK zertifizierten Verwalters erhöht. Außerdem wird künftig jeder Wohnungseigentümer einen Anspruch darauf haben, dass auf eigene Kosten der Einbau einer Lademöglichkeit für ein Elektrofahrzeug, der barrierefreie Aus- und Umbau sowie Maßnahmen des Einbruchsschutzes und zum Glasfaseranschluss gestattet werden. Dieser Anspruch besteht auch für Mieter. Darüber hinaus vereinfachen wir die Beschlussfassung über bauliche Veränderungen der Wohnanlage, indem das bisherige Einstimmigkeitserfordernis abgeschafft wird.

**Gesetz zur Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie.** Ziel dieses Gesetzes ist eine stärkere Vermeidung von Abfällen und eine nachhaltige Verbesserung des Ressourcenmanagements und der Ressourceneffizienz. Wesentliche Elemente sind die Erhöhung der Quoten beim Recycling bestimmter Abfallströme sowie die Verstärkung der Getrenntsammlungspflichten. Bei der öffentlichen Beschaffung durch Bundesinstitutionen gilt in Zukunft eine Bevorzugungspflicht für ökologisch vorteilhafte Erzeugnisse. Ferner werden die Anforderungen an die Abfallvermeidungsprogramme verschärft und eine verursachergerechte Beteiligung der Produzenten an den Kosten für die Reinigung der Umwelt forciert. Mit der sog. „Obhutspflicht“ verpflichten wir Produzenten, Produkte beim Vertrieb möglichst gebrauchstauglich zu halten und sie nicht aus rein wirtschaftlichen Motiven einfach „wegzuwerfen“. Es kann nicht sein, dass Retouren und brandneue Waren aus Kostengründen in der Müllverbrennungsanlage landen.

**Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte — Stabilisierung sichern, Wiedererstarken des IS verhindern, Versöhnung fördern in Irak und Syrien.** Wir berieten den Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des Mandats für den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Irak und dessen anliegenden Staaten. Deutschland leistet auch in Zukunft u. a. durch die Bereitstellung von Fähigkeiten zur Luftbetankung, zur bodengebundenen Luftraumüberwachung und Stabspersonal einen wichtigen Beitrag. Das Mandat soll um 15 Monate bis zum 31. Dezember 2021 verlängert werden.

Einen Überblick über die ca. 31 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



**Sprechen Sie uns an —  
wir sind gerne für Sie da!**

## **Kontakt/Impressum**

### **Ingrid Pahlmann MdB**

#### **Bundestagsbüro Berlin**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 11, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227-72341  
Fax: 030 227-76067  
E-Mail: [ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Gifhorn**

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 740 69 28  
Fax: 05371 937 38 74  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de)  
Ansprechpartner: Frederick Meyer

#### **Wahlkreisbüro Peine**

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine  
Telefon: 05171 769 92 49  
Fax: 05171 150 34  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de)  
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



## **Copyright**

#### **Bilder:**

Kopfzeile S. 2-9: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde  
Kopfzeile S. 10: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann  
S. 3: Screenshot Deutscher Bundestag  
Alle weiteren Fotos: Pixabay und privat